



Kerstin Keil (rechts) und Ingrid Pahlmann traten neben Bernd Althusmann auf.

Foto: Ohse

„Mehr Engagement bei VW“

Bernd Althusmann äußert sich zu aktuellen Themen in der Kreisstadt

Von Burkhard Ohse

Gifhorn. Bernd Althusmann, für den 14. Januar 2018 CDU-Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten, stattete den Gifhornern einen Besuch in der Scheune des Deutschen Hauses ab und hatte die Landtagskandidaten Kerstin Keil (Parsau), Horst Schiesgeries (Müden) und Christoph Plett (Peine) mit dabei.

Aufgeregt, pragmatisch und solide sieht eine erfolgreiche Politik aus, sagte zu Beginn Ingrid Pahlmann, die noch vor Althusmann für die CDU um ein Direktmandat bei der Bundestagswahl am 24. September dieses Jahres kämpft, und ebenso stellte

sich Althusmann dar. Der derzeitigen Landesregierung warf er vor, sich nicht ausreichend um VW zu kümmern. Zudem sah er Defizite in der Infrastruktur. „Niedersachsen muss Wlan-Land werden, um den ländlichen Raum zu stärken“, forderte er.

Zudem kritisierte der Christdemokrat Freitagabend, „wie mit den Landwirten umgegangen wird“. „Das ist unter aller Würde.“ Denn die würden mit immer neuen Regelungen belastet. Zudem fehle es an richtigen Informationen in der Bevölkerung. „Gute Lebensmittel haben ihren Preis“, sagte Althusmann. Das „romantisierende Bild des Landwirts“ sei passé, der heutige Landwirt arbeite mit Hoch-

technologien.

Bessere Rahmenbedingungen forderte er für die Sicherheitskräfte, auch um das „tief sitzende Grundbedürfnis nach Sicherheit“ zu stärken. „Besondere Wertschätzung“ müsse den Lehrkräften zuteilwerden. Als „Trauerspiel“ bezeichnete Althusmann die derzeitige Regierung, die sich zunehmend uneins zeige. Klare Kante zeigte er zu einem „Islamgesetz“. „Es gelten hier für alle die Regeln der Bundesrepublik Deutschland.“ Kindererhen etwa seien die „völlig falsch Richtung“.

Auch Fragen wurden beantwortet. Arabisch und Farsi als von der derzeitigen rotgrünen Koalition in Hannover einzuführende Unterrichtsprä-

chen „schockte“ einen Gast. „Wir sollten erst mal die Kernaufgaben bei den Schulen erfüllen, bevor wir weitere Angebote machen“, erklärte Althusmann. Zur geplanten Beitragsfreiheit für Kita-Plätze forderte er, dass das Land auch die Kosten dafür tragen sollte. „Über pädagogische Standards werden wir uns auch unterhalten müssen“, meinte er. Mit einem Programm soll den Kommunen dazu auch mehr Möglichkeiten für Investitionen gegeben werden.

Pahlmann hatte zudem Chancengleichheit bei der Bildung, eine bessere Vereinbarung von Familie und Beruf und eine bessere ärztliche Versorgung bei einer alternden Gesellschaft eingefordert.